



Sammeladresse:

An die
Partei- u. Fraktionsvorsitzenden
der im Bundestag vertretenen Parteien

CDU CSU SPD
Grüne FDP Linke AfD

An die
Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“
z.Hd. der Vorsitzenden

- Herr Bundesminister Horst Seehofer
- Frau Bundesministerin Julia Klöckner
- Frau Bundesministerin Dr.Franziska Giffey

An

- Herrn Bundesminister Olaf Scholz
- Herrn Bundesminister Hubertus Heil
- Herrn BT-Vizepräsident Thomas Oppermann

Dorfladen-Bundesvereinigung
Steinfeld 9, 27308 Otersen
Vereinigung von fast 100
Dorfläden aus 9 Bundesländern
gegründet: 2016 in Berlin

eMail:
dorfladen-netzwerk@otersen.de
Internet:
www.dorfladen-netzwerk.de
www.dorfladen-netzwerk.de/bundesvereinigung/
Twitter:
twitter.com/Dorfladen
Facebook:
www.facebook.com/dorfladen.netzwerk/

Es schreibt:
Günter Lühning, Vorsitzender

10. Dezember 2018

Offener Brief
Versand per eMail

-
- Forderungen zur Einführung von 12 € Mindestlohn und die Existenz-bedrohenden Folgen für Gemeinwohl-orientierte Dorfläden
 - Anregungen und Forderungen zur Schaffung „Gleichwertiger Lebensverhältnisse“ für die Menschen im ländlichen Raum
-

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben uns erst 2016 in Berlin gegründet und vertreten fast 100 Mitglieds-Dorfläden aus 9 Bundesländern und damit ein gutes Drittel der in Deutschland inzwischen aktiven Dorfläden „von Bürgern für Bürger“. Diese Dorfläden werden mit sehr hohem ehrenamtlichem Engagement bürgerschaftlich geführt und mit finanziellen Eigenmitteln der Dorf-Einwohner getragen – obwohl unsere Mitglieder = Dorfladen-Eigentümer keine Rendite-Zahlungen oder Zinsen für ihr eingebrachtes Kapital erhalten. Wir belohnen unsere Mitglieder mit „Lebensqualität als Rendite“.

„Auskömmlichkeit statt Gewinnmaximierung“ ist i.d.R. das Geschäftsprinzip unserer Selbsthilfeeinrichtungen. Wir sind Gemeinwohl-orientierte Kleinbetriebe, die i.d.R. als letzter Anbieter die Nahversorgung in Dörfern mit 250, 500, 800, 1300 oder 3.000 Einwohnern in kleinen Ortschaften und Dorfregionen im ländlichen Raum sichern. Mehr noch: In der Regel sind wir nach dem Rückzug von Post, Volksbanken, Sparkassen, Bäckern, Fleischer-Fachgeschäften und Dorf-Gasthäusern aus der Fläche der letzte verbliebene Dienstleister und Treffpunkt für die Menschen auf dem Lande.

Gleichzeitig sichern wir i.d.R. 5 bis 10 Teilzeit-Arbeitsplätze in kleinen Dörfern, meistens für Frauen, die einen Mini-Job oder eine sozialvers.-pflichtige Teilzeit-Beschäftigung – auch als Wiedereinstieg in das Berufsleben nach Eltern- / Erziehungszeiten - suchen, ohne lange und nicht bezahlte Fahrtzeiten für Hin- und Rückfahrt in die nächste Stadt.

Ende Oktober haben die innerhalb weniger Tage öffentlich gewordenen Forderungen von

- Bundesminister und Vize-Kanzler Scholz,
- Bundesminister Heil und
- Bundestags-Vizepräsident Oppermann

zur Einführung von 12 € Mindestlohn für große Sorgen und Existenz-Ängste bei unseren bürgerschaftlich organisierten Dorfläden gesorgt.

Um es klar und unmissverständlich auszudrücken:

Engagierte MitarbeiterInnen in unseren Dorfläden haben 12 € Stundenlohn verdient,

- wenn sie ganzheitlich arbeitende Allround-Talente im Dorfladen und nicht nur Spezialistinnen in eine der Supermarkt-Abteilungen oder Kassiererinnen sind
- weil sie über eine besondere Sozialkompetenz verfügen müssen
- weil sie neben Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs auch das wichtige Lebensmittel MENSCHLICHKEIT „verkaufen“, Zuhörerinnen und Gesprächspartnerinnen sind - für ältere Kunden oftmals der einzige soziale Kontakt am Tag

Wir Dorfläden „von Bürgern für Bürger“ würden gerne die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit haben, um 12 € Stundenlohn zahlen zu können. Im Regelfall beschäftigen wir Dorfläden berufliche „Seiteneinsteigerinnen“, also Mitarbeiter, die nicht im Lebensmittel-einzelhandel (LEH) ausgebildet wurden und vergüten den jeweils gültigen Mindestlohn – in einigen Fällen mehr. Nur in wenigen Einzelfällen haben Dorfläden die wirtschaftliche Stärke, heute schon 10,50 € bis 11,50 € als Stundenlohn zu zahlen. In der stark umkämpften LEH-Branche mit wenigen, dominanten Supermarkt- und Discounter-Konzernen lassen es die geringen Betriebsergebnisse von i.d.R. nur 1 % des Jahresumsatzes heute und in naher Zukunft (leider) nicht zu, 12 € Mindestlohn zu zahlen!

Nach den o.g. Mindestlohn-Forderungen haben wir im November eine Umfrage bei unseren Mitglieds-Dorfläden durchgeführt. Die Ergebnisse sind Besorgniserregend, weil wir befürchten müssen,

- dass ein Mindestlohn von 12 € die Schließung von wahrscheinlich mindestens 70 % aller Dorfläden bedeuten würde.

Die sachlich vorgetragenen Rückmeldungen aus den Dorfläden aus vielen Bundesländern fassen wir nachfolgend nach Themen-Kreisen zusammen

1. Auswirkungen von 12 € Mindestlohn auf die Personalkosten und die Betriebsergebnisse

- *„Wir haben heute 10.- EUR Stundenlohn. Eine Steigerung der Personalkosten um 20% wäre für uns verheerend, da wir, wie vermutlich alle Dorfläden, schon heute an der Rentabilitätsgrenze arbeiten und ohne unsere zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter den Betrieb nicht aufrechterhalten könnten.*
- *„...da eine Mindestlohnerhöhung auf € 12,00 schwerwiegende Folgen für unseren Dorfläden bringen würde. Wir haben im Jahr ca. 7.500 Personalstunden zu bezahlen. Eine solche Erhöhung würde für uns eine Anhebung um € 3,10 pro Stunde bedeuten. Bei 7.500 Personalstunden kommen wir auf einen Personalkosten-Mehrbetrag von € 29.000.*
- *„Ein Anstieg der Personalkosten um 25% (den wir bei einer Erhöhung des Mindestlohns um 30% mindestens zu erwarten hätten) würde zu einem Jahresverlust von mindestens 18.000 € führen und hätte innerhalb von 1-2 Jahren die Insolvenz zur Folge. Um diesen Verlust auszugleichen, müssten wir unseren Umsatz um fast 20% steigern oder die Rohertragsquote auf über 37% (von jetzt 31%) erhöhen, hierzu besteht kein Spielraum!*
- *„... dass wir bei einer Erhöhung auf 9,35 Euro gerade noch einen kleinen Gewinn ausweisen können. Bei einer Erhöhung auf 12 Euro kommt ein beträchtlicher Verlust heraus.*

2. Um 12 € Mindestlohn erwirtschaften zu können, müssten sich Umsatz + Rohertrag erheblich verändern (Hinweis: Der Rohertrag im kleinen Lebensmitteleinzelhandel beträgt 22 %):

- „Wir haben einen Rohertrag von 24% (mehr geht nicht), Gesamtkosten (Lohn, Strom, Buchführung, Reparaturen) von 30% - davon alleine 18% Personalkosten. Den Fehlbetrag erwirtschaften wir aus einem jährlichen Sportevent und dem Werbezuschuss von Bäckertüten. Alles mit mega viel ehrenamtlichem Zeitaufwand und unentgeltlich. Auf 50 m² Verkaufsfläche, bei 650 Einwohnern bekommen wir unseren Jahresumsatz von ca. 215.000€ leider trotz stetigen Bemühungen nicht gesteigert.
- Das heißt für uns, wir müssten bei einem Rohertrag von ca. 25 % 116.000 € netto mehr Umsatz erbringen um die Mehrkosten zu decken! Wir haben für unser kleines Dorf (520 Einwohner) schon sehr gute Umsätze, aber eine nötige Umsatzsteigerung von über 24% werden wir nicht schaffen.

3. Ehrenamtliche subventionieren durch ihre Arbeit die Löhne für Mitarbeiterinnen

- „Obwohl wir bereits 11,50 € Lohn bezahlen und wir sicherlich demnächst auf 12 € erhöhen, können wir Ihnen zustimmen. Nur aufgrund vieler ehrenamtlicher Stunden und zusätzlichen Erträgen aus Sponsoring und Fest-Veranstaltungen kann unser Dorfladen noch schwarze Zahlen schreiben.“
- „Wir bezahlen einen Stundenlohn von 9,00 € bis 11,00 €. Von den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern werden bei uns z. Zt. noch einmal genau so viele Stunden geleistet, wenn man alle Arbeiten mitrechnet, die im Laden und drum herum anfallen. Unser Dorfladen besteht seit 1,5 Jahren, wir sind noch in der Lernphase und wir haben die "Schwarze Null" noch nicht erreicht. Bei einer derartigen Erhöhung des Mindestlohnes ist das Ziel überhaupt nicht realisierbar und – OHNE EHRENAMT SCHON GAR NICHT.“
- „Auch unser Laden hatte in den letzten Jahren eine durchschnittliche Rohertragsspanne von 22 - 23 %. Diese konnten wir in den letzten beiden Jahren auf rund 25 % steigern, aber nur durch einen überdurchschnittlichen Einsatz des ehrenamtlichen Vorstandes. Der ehrenamtliche Vorstand hat bei unserem Dorfladen z.Zt. die höchsten Stunden im Monat, um den Laden in der Gewinnzone zu halten und dies auch nur durch viele Sonderveranstaltungen wie monatliche Markttag, Dorfweihnacht usw.“
- „Hier im Dorfladen machen wir noch viele Stunden ehrenamtlich. Wo soll es noch hinführen, dann können wir den Laden ja gleich schließen.“

4. Verschärfung der Personal-Not in kleinen Dorfläden

- „Unsere Damen haben zum Teil ihre 450 € voll, die anderen können familiär bedingt nicht mehr Stunden leisten. Steigen nun die Stundenlöhne, sind „am Ende des Geldes noch zu viel Öffnungszeit-Stunden übrig“, d.h. ich bräuchte (als ehrenamtlicher Geschäftsführer) noch eine weitere Mitarbeiterin, um die restlichen Stunden abzudecken. Eine solche zu finden gestaltet sich aber in einer Region mit 2% Arbeitslosigkeit extremst schwierig. Im schlimmsten Fall müssten wir unsere Öffnungszeiten reduzieren, um den Stundenbedarf zu verringern, damit die Arbeit weiterhin von den jetzigen Mitarbeiterinnen abgedeckt werden kann.“
- „Aktuell haben wir die Situation, dass wir Mittwochnachmittags seit Oktober bereits 2 Stunden früher schließen müssen, da wir keine Mitarbeiter finden können. Mit der Mindestlohn-Erhöhung im kommenden Jahr wird sich diese Situation noch weiter zuspitzen, da am Ende ja noch weniger Stunden pro Mitarbeiter zur Verfügung stehen werden.“
- „Das größere Problem sehe ich jedoch darin, dass unsere Mitarbeiter, weniger Stunden arbeiten müssen, um auf die 450 Euro als Minijob-Lohn zu kommen. Dies bedeutet, dass wir mehr Personal benötigen, das wir im Moment nicht haben und auch nicht bekommen werden. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten ist bisher am fehlenden Personal gescheitert.“

5. Allgemeine Rückmeldungen:

- „wir sind glücklich, wenn wir im 6. Jahr unseres Bestehens endlich einen kleinen Gewinn erzielen. Bei einem Anstieg des Mindestlohnes auf 12 € müssten wir ernsthaft prüfen, ob der Dorfladen jemals ohne Verluste betrieben werden kann. Das wäre dann wohl das Ende dieses wichtigen Projektes vor Ort.“
- „Durch die steigenden Personalkosten würde unser geringer Überschuss (5 - 6 T€) komplett aufgefressen werden.“

- „Damit wäre unser Projekt "Von Bürgern für Bürger" zur Zukunftssicherung unseres kleinen Dorfes zum Scheitern verurteilt. Ein seit 5 Jahren laufender und bisher erfolgreicher Versuch, die Attraktivität unserer Gemeinde zu steigern und damit insbesondere junge Familien zum Leben in unserem Dorf zu bewegen, müsste aufgegeben werden. Es geht also nicht nur um den Dorfladen, sondern auch um viel weitreichendere Folgen für eine kleine Kommune.
- „obwohl Genosse von den Herrn Scholz und Oppermann teile Ihre Bedenken. Fraglich ist für mich bei der ganzen Thematik, ob diese Diskussion nach dem Mindestlohn überhaupt sinnvoll ist. Personalkostensteigerungen führen automatisch zu Preissteigerungen bei allen Produkten. Ein Drehen an der Mindestlohnschraube ändert am Ende nichts am Existenzminimum. Da alles teurer werden wird, kann der Mindestlohnempfänger sich am Ende nicht mehr leisten.“

5. Konsequenzen:

- „12 € Mindestlohn für die Minijobber wären auch für den Dorfladen das K.o. - Kriterium. Das ist weder mit Umsatz noch mit Marge realistisch auffangbar“.
- „Bei 12 Euro müssten wir auf der Stelle den Laden schließen. Das Ergebnis wäre, 1 Vollzeitkraft, 2 Teilzeitangestellte und 5 Minijobber ständen ohne Arbeit da.“
- Sollte der Mindestlohn von 12 Euro kommen, sehe ich es genauso wie Sie, dass dies der Todesstoß für viele unserer kleinen Dorfläden ist, die mit viel Herzblut und ehrenamtlichen Einsatz am Leben erhalten wurden.
- "Auch wir sehen bei einer Steigerung des Mindestlohnes auf 12 € keine Überlebenschance für unseren Dorfladen. Der Wettbewerbsnachteil gegenüber den Discountern mit ihren großen Verkaufsflächen und vergleichsweise geringen Personalkosten je qm würde sich weiter verschärfen. Ein Drehen an der Preisschraube geht auch nicht unbegrenzt. Unsere Mitarbeiterinnen erwirtschaften mit ihrem Job im Dorfladen kein Familieneinkommen, sondern ein Zusatzeinkommen. Hinzu kommt noch die hohe Flexibilität bei der Gestaltung der Arbeitszeiten und der Arbeitsplatz vor Ort. Alles das würde wegfallen. Das ist auch nicht im Sinne unserer Mitarbeiterinnen. Die Steigerung des Mindestlohns geht ganz klar zu Lasten der Angebote in unseren kleinen Dörfern."
- „Auch uns würde es das Kreuz brechen, wenn wir von heute auf morgen unsere Löhne von 9,50 auf 12 Euro erhöhen müssten. Auch mit Ehrenamt könnten wir das nicht stemmen. Auf der anderen Seite sehe ich aber auch, dass es so auch nicht weiter gehen kann. Es kann nicht sein, dass meine Mitarbeiterinnen trotz 75%-Arbeitsstelle kaum von ihrem Lohn leben können
Eigentlich müsste mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro eine Förderung durch Lohnkosten-Zuschüsse eingeführt werden – also als Förderung des ländlichen Raumes, gekoppelt an Kriterien wie gedeckelte, also max. Umsatzhöhe, ehrenamtliches Engagement, Satzungszweck etc. Nur so kann der ländliche Raum - und die Mitarbeiter solcher Einrichtungen wie Dorfläden - davon profitieren. Ansonsten wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer werden. Und die Unzufriedenheit größer.
- „Fazit für uns: Das wäre das „Aus“ für unseren Dorfladen! Wir Dorfläden sind der einzige Lebens-Mittelpunkt in vielen Dörfern. Wir erhalten einen Teil der Infrastruktur! Durch uns wird ein Dorf auch wieder attraktiv um überhaupt dort wohnen zu wollen, bei der heutigen „Landflucht“. Ich fordere von der Regierung, dass diese Aspekte endlich für uns Dorfläden wahrgenommen werden und wir diesbezüglich eine Unterstützung erhalten. Wenn die Regierung die sogenannte „Landflucht“ stoppen will, wäre das mal ein Anfang.

Empfehlungen & Forderungen

1. Erhöhung der Minijob-Lohnobergrenzen (z.Zt. 450 € monatlich)

Parallel zu den Mindestlohn-Erhöhungen sollten in gleicher Relation auch die Lohn-Obergrenzen für Mini-JobberInnen erhöht werden,

- ✓ damit auf dem Konto der Mini-JobberInnen auch mehr Lohn ankommt
- ✓ damit sich die Personal-Not bei vielen Dorfläden nicht noch weiter verschärft

2. Anpassung der Betragsgrenzen bei Sachleistungen (Lohnumwandlung)

Parallel zu den Mindestlohn-Erhöhungen sollten in gleicher Relation auch die Betragsgrenzen bei Lohnumwandlung angepasst werden – z.B. 90 € monatlicher Belegschaftsrabatt

3. Kostensparende, geeignete Rechtsformen für kleine Bürger-Unternehmen

Für kleine Unternehmen, die bürgerschaftlich / ehrenamtlich als Selbsthilfeeinrichtung geführt werden, gibt es leider noch immer keine passende Rechtsformen. Hilfsweise werden Dorfläden von einer „UG (Unternehmergesellschaft) + Still“, einem „w.V.“ (wirtschaftlicher Verein, nur in wenigen Bundesländern genehmigungsfähig) oder als „e.G.“ (eingetragene Genossenschaft) geführt. Einer „Dorfladen e.G.“ entstehen Zusatz-Kosten von 2.000 bis 3.000 € je Prüfung (i.d.R. jährlich) – bei Einsparung dieser Zusatz-Kosten könnten die eingesparten Mittel besser zur Deckung höherer Personalaufwendungen (durch steigende Mindestlöhne) verwendet werden.

4. Anerkennung von Dorfladen-Vereinen / -gesellschaften als „gemeinnützige Vereine“

und Verankerung in § 52 Abs. Abgabenordnung (AO) – anknüpfend an Ziff. 25

„Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke“

4.1. Voraussetzungen, die wir vorschlagen u. die in der Satzung geregelt sein sollten:

- ✓ Selbsthilfe-Einrichtung, ehrenamtlich durch Vorstand/Geschäftsführung geführt
- ✓ kein geschlossener Nutzer-Kreis (nicht nur für Vereinsmitglieder)
- ✓ letzter Nahversorger bzw. Regionalwaren-Laden im Dorf
- ✓ max. 1.500.000 € Jahresumsatz
- ✓ keine Rendite-Zahlungen / Gewinn-Ausschüttungen an die Mitglieder

4.2. Zielsetzungen:

- 4.2.1. Gleichstellung mit gemeinnützigen Vereinen bei EU-Förderprogrammen
 - i.d.R. 30 % Förder-Quote bei Privaten (natürl. Personen, Unternehmen, Dorfläden)
 - i.d.R. 60 – 70 % Förder-Quote für gemeinnützige Vereine
- 4.2.2. Verbesserung beim Sponsoring durch Ausstellung von Zuwendungsbescheinigungen = Gleichstellung mit Kultur- und Sport-Vereinen

5. Betriebskosten-/Personalkosten-Zuschüsse

Voraussetzungen: analog Ziff. 4.1.

Begründungen:

- 5.1. Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse für die Menschen im ländlichen Raum
- 5.2. Unterstützung bei der weiteren, fachlichen Qualifikation der Mitarbeiterinnen
- 5.3. Infrastruktur-Beitrag für den ländlichen Raum, um eine Schließungswelle bei Dorfläden zu vermeiden

Gutes Beispiel: Das Bundesland Vorarlberg (Österreich) zahlt für 2018 insg. 780.000 € Betriebskosten-Zuschüsse an 48 kleine Dorfläden (durchschnittlich 16.000 €, max. 25.000 € jährlich, um möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu gewährleisten)

Quelle: <https://presse.vorarlberg.at/land/dist/vlk-58149.html>

Schlussbemerkungen und Gesprächsangebot

Wir bitten Sie eindringlich:

1. Bedenken Sie vor massiven Erhöhungen des Mindestlohns die Folgen für die Menschen im ländlichen Raum – sorgen Sie für einen fairen Ausgleich der Mehrkosten, die Dorfläden entstehen!
2. Sorgen Sie bitte im Rahmen der Förderung des ländlichen Raumes für gleichwertige Lebensverhältnisse!
3. Verhindern Sie weitere, nachhaltige Verschlechterungen der Infrastrukturen auf dem Lande - nach Schließung von Bank- und Sparkassen-Filialen, Bäcker- und Fleischer-Fachgeschäften sowie der Dorf-Gasthäuser und Dorfläden!
4. Verhindern Sie bitte eine Beschleunigung der Abwärtsspirale – damit sich die Menschen im ländlichen Raum nicht zunehmend „abgehängt“ fühlen!
5. Fördern Sie Bürgerengagement im ländlichen Raum, statt die engagierten Akteure zu demotivieren!
6. Verbessern Sie bitte die Rahmenbedingungen, damit sich auch in Zukunft engagierte Land-Menschen ehrenamtlich für lebenswerte Dörfer einsetzen und damit
 - Kinder im Dorf den Umgang mit Taschengeld und das Einkaufen „lernen“
 - junge Familien in den Dörfern bleiben oder zurückkehren
 - Senioren selbst bestimmt und gut versorgt im Heimatdorf alt werden können

Vom 25. bis 27. Januar 2019 werden mehrere Vorstandsmitglieder unserer Bundesvereinigung, darunter der Unterzeichner, sowie Akteure von 5 Bürgerläden aus 3 Bundesländern in Berlin bei der Int. Grüne Woche in Halle 4.2. auf der LandSchau-Bühne aktiv. Mehr dazu: www.dorfladen-netzwerk.de/2018/11/drei-gespraechsrunden-auf-der-landschau-buehne-in-berlin/

Gerne stehen wir Ihnen – nach Terminvereinbarung - in dieser Zeit vor Ort in Berlin zu Gesprächen zur Verfügung. Über Ihre Rückmeldungen und eine Kontaktaufnahme freuen wir uns im Interesse der Menschen auf dem Lande.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden

Günter Lühning Vorsitzender

